

Auszug aus dem Diskussionspapier der SP-Fraktion "Nach dem FIFA-Skandal: Politik muss ihre Verantwortung wahrnehmen", 31.5.2015

Stopp dem Missbrauch des Vereinsrechts – strenge Bedingungen für Steuerbefreiungen von internationalen Sportverbänden

Auf Grundlage von Art. 56 DBG können heute dem IOC angeschlossene Verbände grundsätzlich als „gemeinnützige Organisationen“ von der direkten Bundessteuer befreit werden. Die FIFA profitiert aktuell nicht von diesem Status. Das hat der Zürcher Regierungsrat auf eine entsprechende Anfrage im Jahr 2011 festgestellt. Wir können allerdings davon ausgehen, dass dies bis 2011 der Fall war. Heute bezahlt die FIFA im Kanton Zürich Steuern als Verein. Dieser Steuersatz ist halb so hoch wie jener für Kapitalgesellschaften. Zusätzlich kann die FIFA steuerfreie Rückstellungen machen für das – faktisch inexistent – Risiko eines Ausfalls der Fussball-WM. Die NGO Solidar Suisse schätzt, dass die FIFA, wäre sie regulär besteuert worden, zwischen 2007 und 2010 nicht 3.1 Millionen, sondern 180 Millionen Franken an Steuern hätte zahlen müssen – also 60 Mal mehr. Wie sich die von der FIFA für die Periode 2011-2014 angegeben 75 Mio. USD „taxes and duties“ zusammensetzen, ist für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar.

Unter dem Vorzeichen der zunehmenden Kommerzialisierung verschiedener Sportarten sind diese Steuervorteile zunehmend fragwürdig. Der Umsatz der FIFA hat sich innert zehn Jahren vervierfacht. Heute setzt der Weltfussballverband über 2 Milliarden USD jährlich um – innerhalb einer WM-Periode sind dies inzwischen bis zu 6 Milliarden USD. Die SP fordert, dass die FIFA und andere Sportverbände als das besteuert werden, was sie sind, nämlich „Multimilliardenkonzerne der Unterhaltungsindustrie“ (Mark Pieth).

Ein neuer Status für internationale Sportverbände: für grösstmögliche Transparenz und demokratische Kontrolle

Mit dem Status als Verein sind weitere Problem verbunden: Es fehlen damit jegliche, gesetzlich verbindliche Vorschriften zu (finanzieller) Transparenz und Good Governance. Die SP anerkennt, dass die FIFA dahingehend in den letzten Jahren Schritte unternommen hat. Das reicht allerdings noch nicht. Der Gesetzgeber muss verbindlich festlegen, welche finanziellen Kennzahlen die internationalen Sportverbände offenlegen müssen. Dazu gehört ein detailliertes „Project by project“-Reporting. Nur so kann transparent und unter demokratischer Kontrolle entschieden werden, welche (finanziellen) Aktivitäten sich allenfalls für eine Steuerbefreiung qualifizieren. Letzterem will sich die SP nicht grundsätzlich widersetzen, wenn es sich effektiv um gemeinnützige Entwicklungsprojekte und nicht schöngeredete Vorinvestitionen in zukünftige Märkte für das Produkt „Weltfussball“ handelt.

Zudem sind internationale Sportverbände wie die FIFA oder das IOC heute nicht mehr einfach eine von vielen privaten Organisationen – sie haben sich vielmehr zu bedeutenden Akteuren der Weltpolitik entwickelt. Betrachten wir nur schon die heftigen Debatten um die Vergaben der Weltmeisterschaften 2018 und 2022 nach Russland und Katar.

Die SP fordert daher die Schaffung eines neuen, rechtlichen Status für internationale Sportverbände. Diese neue Regelung muss spezifische Forderungen bezüglich der

finanziellen und organisatorischen Transparenz beinhalten, wie sie heute beispielsweise bereits für Unternehmen in verschiedenen Profisportligen gelten. Nicht zuletzt betrifft dies die Offenlegung der Vergütungen und Amtszeitbeschränkungen für die Mitglieder der Verbandsvorstände (Exekutivkomitees).

3. Demokratische Kontrolle und Mitspracherechte bei sportlichen Grossveranstaltungen ausbauen

Ja zu Fussballweltmeisterschaften für alle – nein zur Verletzung von Menschenrechten!

Fussball-Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele haben inzwischen das Potential nicht nur zu einem weltweiten Fest zu werden, sondern vor allem auch zu einem Albtraum für die betroffene Bevölkerung. So hat die Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika zum Beispiel zu massiven finanziellen Problemen für die lokalen Gemeinden geführt. Die FIFA und ihre Sponsoren haben für die Dauer der Weltmeisterschaft spezialgesetzlich faktische Monopole und Steuerfreiheit durchgesetzt – zum Nachteil der lokalen Bevölkerung und des Gewerbes. Zurück bleiben eine frustrierte Bevölkerung, soziale Probleme und lokale Gemeinschaften, die der Unterhalt der überdimensionierten Infrastrukturen an den Rand des finanziellen Ruins bringt. Rund um die Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien kam es zur massenhaften Zerstörung von Wohnvierteln und Umsiedlungen unter Anwendung brutaler Polizeigewalt, die schlussendlich zu grossen sozialen Protesten führten.

Die kommenden Weltmeisterschaften in Russland und Katar kündigen sich nicht besser an. Bislang sind auf den Baustellen der Stadien in Katar 1400 Menschen gestorben – die Gewerkschaften befürchten bis zu 4000 Tote bis zum Beginn der Spiele. Diese meist ausländischen Arbeiter arbeiten oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das darf nicht sein.

Die SP begrüsst grundsätzlich, dass internationale Sportveranstaltungen nach Möglichkeit auch in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Die FIFA hat die Verantwortung –und sie hätte auch die Macht – rund um die Fussball-Weltmeisterschaften die Einhaltung von höchsten ethischen, menschen- und arbeitsrechtlichen sowie ökologischen Standards durchzusetzen. Nur dann können solche Veranstaltungen tatsächlich zur Entwicklung beitragen.

Die Schweiz als Gaststaat vieler internationaler Sportverbände steht diesbezüglich besonders in der Pflicht und im Schaulaufen. Die SP fordert die zwingende Verpflichtung der internationalen Sportverbände auf menschenrechtliche und ökologische Standards bei allen ihren Aktivitäten. In die Entwicklung der Projekte muss die lokale Bevölkerung nach dem FPIC-Prinzip („free, prior and informed consent“) eingebunden werden. Die Einhaltung dieser Standards muss von unabhängiger Seite überwacht und protokolliert werden. Die SP fordert von der FIFA, dass sie die internationale Zivilgesellschaft als Partner in dieser Sache anerkennt. Sie schlägt die Schaffung einer Begleitkommission für die Weltmeisterschaften 2018 und 2022 bestehend aus NGOs, Gewerkschaften und unabhängigen Experten vor. Die Empfehlungen dieses Gremiums müssen öffentlich diskutiert und für die FIFA verbindlich werden.

Die Internationalisierung und Kommerzialisierung der Sportwelt benötigen eine internationale Regulierung

Tatsächlich kann auch die Schweiz als Sitzland der FIFA und anderer internationaler Sportverbände unmöglich alle weltweit Aktivitäten und Finanzflüsse überwachen. Internationale Sportverbände haben heute eine Bedeutung, die weit über ihren Status als privatrechtliche Vereine hinausgeht. Auf Grund der hohen, spezifischen Risiken einer sich weiter kommerzialisierenden Sportwelt fordert die SP, dass sich die Schweiz und der Bundesrat für eine wirksame, internationale Regulierung der Sportverbände einsetzen. Dazu gehören sowohl Standards für die nationalen Unterverbände, als auch die Einrichtung einer internationalen Regulierungsinstanz. Dafür gibt es mit der internationalen Anti-Doping-Agentur Wada auch bereits ein funktionierendes Beispiel. Diese Aufgabe könnte beispielsweise von einer UN-Unterorganisation übernommen werden.

Die Schweiz als Sitzland vieler Sportverbände, des IOC und des Internationalen Sportgerichts in Lausanne bietet sich als Standort für eine solche Behörde geradezu an. Die SP fordert, dass die Schweiz in dieser Sache zum Vorreiter wird und der UNO und der internationalen Gemeinschaft einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Das vollständige Papier können Sie hier einsehen:

<https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/fifa-skandal-bestechnung-und-korruption-gesetzlich-bekampfen>